



## **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**

### **32. Sitzung (öffentlich) - Sondersitzung**

28. März 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 10:00 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkt und Ergebnis:**

- Einführende Worte der Vorsitzenden 3

### **Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze 3**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5293

In Verbindung mit:

**Ohne Fahrplan und ohne Ziel: Die Weiterentwicklung des KiBiz darf nicht verschleppt werden!**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4577

In Verbindung mit:

**Stillstand im Elementarbereich beende - KiBiz JETZT evaluieren,  
weiterentwickeln und stärken**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4026

– Aussprache

4

\* \* \*

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich möchte pünktlich beginnen. Es ist 9.30 Uhr. Ich begrüße ganz herzlich die Ausschussmitglieder, Herrn Staatssekretär Neuendorf, die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit Nummer E 16/671 zugegangen. Die gemäß § 53 Abs. 1 der Geschäftsordnung erforderliche Genehmigung der Präsidentin zur Durchführung der Sitzung heute Morgen liegt vor. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung sind mir nicht zugegangen.

Wir treten in die Beratung der Tagesordnung ein und ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

**Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5293

In Verbindung mit:

**Ohne Fahrplan und ohne Ziel: Die Weiterentwicklung des KiBiz darf nicht verschleppt werden!**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4577

In Verbindung mit:

**Stillstand im Elementarbereich beende - KiBiz JETZT evaluieren, weiterentwickeln und stärken**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4026

Das Plenum hat den Gesetzentwurf Drucksache 16/5293 in der gestrigen 54. Sitzung am 27. März 2014 nach erster Lesung einstimmig an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend federführend sowie an drei Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag Drucksache 16/4577 ist vom Plenum in seiner 46. Sitzung am 18. Dezember 2013 an unseren Ausschuss überwiesen worden, der Antrag Drucksache 16/4026 in der 40. Sitzung am 26. September 2013. Zu den beiden Anträgen hatten wir vor einiger Zeit bereits festgelegt, dass sie gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf beraten werden sollen.

Zu dem Gesetzentwurf haben wir in unserer letzten Ausschusssitzung bereits eine grundsätzliche Verständigung zum Verfahren getroffen, nämlich:

- 28. März 2014      Erste Beratung und Verfahrensbeschluss
- 30. April 2014     ganztägig: Sachverständigenanhörung.
- 28. Mai 2014      vormittags: Auswertung der Anhörung.
- 28. Mai 2014      nachmittags: Abschließende Beratung und Beschlussempfehlung an das Plenum.

Hinweisen möchte ich noch auf Folgendes: Mit E-Mail vom 20. März 2014 hatte das Ausschussesekretariat den Fraktionen einen Vorschlag zur Gestaltung der Anhörung unterbreitet. Diesem Vorschlag haben die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Die Fraktion der CDU und der FDP haben mit einer kleinen Abweichung zugestimmt, die meines Erachtens zwischen Ausschussesekretariat und den Referenten geklärt werden kann.

Bevor ich über den Beratungsfahrplan und über die Durchführung der Anhörung abstimmen lasse, möchte ich den Fraktionen und der Landesregierung Gelegenheit zu Wortmeldungen geben. - Gibt es Wortmeldungen? - Herr Tenhumberg!

**Bernhard Tenhumberg (CDU):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die Verabredung des Verfahrens, bei der wir uns der Stimme enthalten haben, weil wir das Verfahren zu kurz finden, weil es durchgepeitscht wird, hat sich insbesondere nach den Wortmeldungen der Grünen und den Behauptungen aus der Grünen-Fraktion weiter verschärft. Der Behauptung, das Verfahren 2007/2008 sei zeitlich genauso gestrickt gewesen, wird hiermit widersprochen.

Ich möchte die Historie kurz andeuten, welche Abweichungen es zum jetzigen Verfahren gibt, bevor ich zu einer persönlichen Erklärung kommen werde:

Erstens. Zwischen der Verweisung an den Ausschuss hat - wie in der Vergangenheit im Jahr 2007 - ein Tag gelegen. Das ist auch üblich. Aber die Zeit zur Abgabe der Stellungnahmen und der öffentlichen Anhörung beträgt heute, wenn wir es so beschließen, 32 Tage. Davon sind 14 Tage Ferienzeit. 2007 waren es 55 Tage.

Wir haben 2007 nicht nur einen Tag zur Anhörung gebraucht, sondern eineinhalb Tage, jetzt nur einen Tag. Für die Auswertung der Anhörung haben wir heute 28 Tage. Dabei habe ich die Protokollbestellung noch nicht berücksichtigt. In der Vergangenheit, 2007, waren es 43 Tage, wobei das Protokoll sehr schnell, nämlich 8 Tage vorher, erstellt worden ist.

Der Ausschuss hat die Auswertung der Anhörung nicht nur in einer Sitzung, sondern in zwei Sitzungen vorgenommen. Das möchte ich klarstellen, wird doch hier immer reingerufen, es sei so wie in der Vergangenheit gewesen, das sei so üblich. Dem widerspreche ich.

Zweite Anmerkung! Sie, Frau Vorsitzende, haben ordnungsgemäß - so ja auch unser Auftrag - die Verbände aufgefordert, ihre Stellungnahmen bis zum 24. April abzugeben. Wir haben die öffentliche Anhörung am 30. April. Ich weise darauf hin, dass zwischen dem 24. April und dem 30. April sowohl Ostersonntag als auch Ostermontag liegen. Zur Bearbeitung der Stellungnahmen zur Anhörung bleiben zwei volle Werktage.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Überarbeiten Sie sich einmal nicht!)

Dritte Anmerkung! Ich schließe mich der persönlichen Erklärung von Frau Asch aus dem Jahre 2007 mit folgendem Wortlaut und ebenfalls wortgleich an, und zwar zur jetzigen Situation. Meine persönliche Erklärung ist identisch mit der, die Frau Asch abgegeben hat, und zwar angesichts der Vorgeschichte, die ich gerade genannt habe. Es macht mich wütend, wie man so frech sein kann, in einer Ausschusssitzung solche Behauptungen aufzustellen und dann solche Entscheidungen herbeizuführen. Das ist von der Grünen-Fraktion nicht in Ordnung:

Ich erkläre hiermit: Ich sehe in diesem übereilten Verfahren meine parlamentarischen Rechte als Abgeordnete beeinträchtigt, weil ich nicht in der Lage bin, dieses Anhörungsverfahren ordnungsgemäß nach gemäß § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung vorzubereiten.

Wir müssen die sachverständigen anzuhörenden Personen bezeichnen, die die Fragen vorher schriftlich zugeleitet bekommen. Dieses Verfahren ist in der Kürze der Zeit nicht mehr möglich.

Ich fordere den Ausschuss auf, von diesem übereilten Verfahren abzusehen und ein ordentliches Anhörungsverfahren zu ermöglichen, das allen Sachverständigen die Zeit lässt, ihre Position zu formulieren und hier einzubringen.

Was man früher machen konnte, kann man heute auch machen.

Zum Verfahren, Frau Vorsitzende: Wir hatten gesagt, wie wir es in der Anhörung machen wollen. Darauf würde ich gerne zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen, weil ich glaube, dass wir uns schon an die Gesetzesreihenfolge halten sollten und die Themen in einzelnen Runden ordnungsgemäß und nicht durcheinander abarbeiten können.

Im Übrigen, da ich gerade das Wort habe, Frau Vorsitzende:

(Heiterkeit)

In der Sitzung 2007 ist zutreffenderweise von der SPD-Fraktion freundlicherweise darauf hingewiesen worden, dass es bei Unstimmigkeiten in solchen Verfahren üblich sei - auch wenn es ganz, ganz selten vorkommt -, dass die Präsidentin hinzugezogen wird. Ich rege bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen durchaus an, mit der Präsidentin zu sprechen, ob das noch möglich ist bzw. uns so ein Verfahren noch zugemutet werden kann. Ich bin zu Kompromissen bereit. Das habe ich dem Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Jörg, immer gesagt. Wir haben gar kein Interesse daran, dass das Gesetz nicht bis zum 1. August verabschiedet werden und umgesetzt werden kann. Das ist nicht unser Interesse.

Bitte nehmen Sie es uns ab: Unser Interesse ist es, dass wir ein ordnungsgemäßes Verfahren gewährleisten können, in dem wir uns echt sachkundig einarbeiten können. Frau Kollegin Hendricks hat 2007 an uns gerichtet gesagt: Liebe Leute, wenn ihr das so durchzieht - die Fristen habe ich gerade genannt; sie waren wesentlich großzügiger -, dann muss man mit der Präsidentin sprechen, damit die vermittelt, ob ein solches Verfahren noch zuzumuten ist. Damit zitiere ich im Grunde genommen - ich bin nur in einer anderen Rolle - genau das, was damals die Opposition gesagt hat. Das sage ich jetzt auch, mit dem einen Unterschied: Das Verfahren ist jetzt noch wesentlich kürzer.

Erlauben Sie von der Regierungskoalition mir bitte, dass ich das deutlich anhand von Fakten und Protokollen darlege, ohne durch Zuruf die falschen Erkenntnisse zu übermitteln.

(Beifall von der CDU)

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Danke schön, Herr Tenhumberg. - Herr Jörg hat das Wort!

**Wolfgang Jörg (SPD):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Lieber Bernhard Tenhumberg, ich bin zunächst einmal dankbar dafür, dass man sich - obwohl diese Kritik so formuliert im Raum steht - trotzdem auf einen gemeinsamen Fahrplan verständigt hat. Das war letztendlich durch Ihre Enthaltung einstimmig. Wir sehen völlig ein, dass das ein ambitionierter Plan ist. Das geben wir offen zu.

Demgegenüber sehen wir allerdings inhaltlich nicht diese großen Barrieren vor uns, die 2007 vor uns gelegen haben. 2007 gab es einen wirklichen Paradigmenwechsel in der Finanzierung. Es kam ein ganz neues Gesetz. Jetzt kommen im Wesentlichen drei neue Punkte hinzu, nämlich der Sozialindex, wo noch einmal zusätzlich gefördert wird, und die 2.000 € pro Gruppe pro Jahr sowie der Wegfall von Delphin 4. Das sind die im Prinzip wesentlichen Punkte. Bernhard, wir können das gerne gemeinsam durcharbeiten. Ich glaube, man braucht nicht mehr als eine Stunde, um zu erfassen, welche Auswirkungen das hat. Von daher war das damals qualitativ und quantitativ schon eine ganz andere Situation, weil es einen deutlich anderen Einfluss auf unsere KITAS hatte als das.

Ich bin mit dem Vorschlag, den ich von der Vorsitzenden heute erfahren habe, sehr einverstanden - auch mit dem Zeitplan. Wir haben einen Kompromiss gefunden. Von daher sind wir, glaube ich, sauber aufgestellt.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kamieth!

**Jens Kamieth (CDU):** Schönen Dank, Frau Vorsitzende! Herr Jörg, bei Ihren Ausführungen gehen Sie davon aus, dass sich die in der Anhörung Beteiligten auf diese drei Punkte fokussieren, die Sie genannt haben. Was ist denn, wenn völlig neue Aspekte hinzukommen?

Wir haben aus unseren Gesprächen erfahren, dass es durchaus weitere klärungsbedürftige Punkte gibt. Dadurch kann eine solche Anhörung natürlich auch einen Verlauf und Themen zum Gegenstand haben, von denen wir heute zumindest aufgrund der Gesetzesvorlage noch gar keine Erkenntnisse haben. Damit kann natürlich ein sehr viel größerer Arbeitsaufwand für uns entstehen, weil natürlich auch Sie sich auf diese Punkte möglicherweise nicht vorbereitet haben und wir diese neuen Punkte prüfen und entsprechend in Änderungsanträge umformulieren müssen.

Zu sagen, das seien Ihre drei Vorschläge, über die Sie reden wollen, was man in einer Stunde in einem Vier-Augen-Gespräch vorbereiten kann, halte ich für unseriös.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Danke schön, Herr Kamieth. - Herr Tenhumberg!

**Bernhard Tenhumberg (CDU):** Der Kollege Kamieth denkt genauso wie ich.

(Dennis Maelzer [SPD]: Telepathie!)

Das ist eine neue Erkenntnis von Wolfgang Jörg, der jetzt sagt, es gehe nur um kleine lächerliche drei Punkte.

(Zuruf von der SPD: „Lächerlich“ hat er nicht gesagt! - Wolfgang Jörg [SPD]: „Im Wesentlichen“ habe ich gesagt!)

- „Im Wesentlichen“! Dann relativiert sich das. Okay! Das ist dann interpretationswürdig.

Es geht schon um ein bisschen mehr, Wolfgang Jörg. Das wollen wir nicht herunterspielen. Das ist ja bisher auch nicht von Dir und der SPD-Fraktion so gemacht worden. Wen ich die Plenarreden im Kopf habe, die öffentlichen Verlautbarungen und Presseerklärungen - die könnte ich natürlich noch vorlesen -, hat man dieser Gesetzesinitiative schon eine ganz große Bedeutung zugebilligt. Man hat sie nicht kleingedredet. In der Vergangenheit haben Sie eine Pressearbeit - Wunderbar! - geleistet. Ich erinnere auch an die Pressekonferenz der Ministerin, die das natürlich - Wunderbar! - auch als ein wirkliches Wunderwerk dargestellt hat. So klein soll es also nun wirklich nicht sein. Das wäre eine völlig neue Tonlage, die ich höre. Ich habe das schon ein bisschen anders interpretiert.

Die Ansprüche an diese Reform - so wie es Jens Kamieth auch gesagt - sind natürlich erheblich. Die Stellungnahmen, die uns zum Referentenentwurf zum Teil auch bekannt sind, sind doch so umfangreich, dass man vermuten kann, dass in einer Anhörung umfangreichste Stellungnahmen stattfinden, bei denen die Beteiligten sagen: Leute, das und das fehlt noch im Gesetz! - So klein ist das eben nicht.

Ich wollte noch einmal deutlich machen, dass ich mich - deshalb habe ich die persönliche Erklärung abgegeben - aus parlamentarischer Sicht in meinen Rechten als Abgeordneter massiv eingeschränkt fühle und ein ordnungsgemäßes Verfahren nach meiner Auffassung nicht stattfinden kann. Ich bin gerne bereit - wenn auch nicht anhand dieses Verfahrens - gerne bereit, das zu klären. Der Ältestenrat sollte einmal den Auftrag bekommen, anhand dieses Beispiels zu prüfen, ob das einem Abgeordneten noch zuzumuten ist.

Ansonsten, Frau Vorsitzende, können wir über den Ablauf der Tagesordnung der Anhörung sprechen, damit wir eine klare Struktur haben, nicht dass da wieder ausgebremst wird. Wir haben uns einen Tag Zeit genommen. Diese Zeit brauchen wir mindestens. Nicht dass irgendwelche Beschränkungen kommen, dass zum Beispiel der Raum ab 16:00 Uhr wieder verfügbar sein muss. Ich will gewährleistet haben, dass wir - falls die Fragen nicht geklärt sind oder gestellt werden konnten - bis 20:00 Uhr abends tagen können. Wir haben damals eineinhalb Tage gehabt. Jetzt ist es nur ein Tag. Dieses Verfahren muss gewährleistet sein. Deshalb brauchen wir eine klare Struktur mit klaren Themenbereichen und einer unbegrenzten Redemöglichkeit, nicht in der Zeit; aber die Fragen, die gestellt werden sollen, müssen gestellt werden können.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Danke schön, Herr Tenhumberg. Kurz noch einmal zur Information: Das Protokoll ist uns zugesichert worden und soll in der darauffolgenden Kalenderwoche zur Verfügung stehen. Der Plenarsaal ist bis 20:00 Uhr abends reserviert.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Der Umfang des Gesetzes ist nicht interpretierfähig. Das sind 100 Millionen € oder etwas mehr. Das weiß, glaube ich, jeder. Das kann man nicht klein- oder großreden. Das ist das Volumen. Das ist uns, glaube ich, allen klar.

Herr Kamieth, ich habe es gestern schon gesagt: Ich habe bisher 50 oder 60 Veranstaltungen gemacht. Ich treffe Träger und alle Akteure im ganzen Land. Wie die Grundstruktur der Fragen aussieht, ist mir schon relativ klar. Ich glaube, dass bei einer solchen Anhörung nicht etwas komplett Neues herauskommen kann. Das ist meine Einschätzung.

Aber selbst wenn es so wäre, wie Sie sagen, sind wir als Ausschuss autonom genug zu sagen: Hier läuft uns gerade etwas völlig aus dem Ruder, wir brauchen mehr Zeit, es gab einen Hinweis, der unseren Kurs verändern muss! - Selbstverständlich ist das so. Wir schneiden uns doch nicht selber unsere Rechte ab.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir noch nicht einmal bis 20:00 Uhr sitzen werden, weil es relativ klar ist - das glaube ich jedenfalls -, welche Fragen gestellt werden, weil die schon gestellt worden sind, werden dann nur noch einmal öffentlich präsentiert.

Von daher bin ich an Ihrer Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn irgendetwas auf uns zukommt, das wir nicht einschätzen können, dann setzen wir uns zusammen und müssen darüber noch einmal reden. Das ist keine Frage. Aber der Fahrplan, wie ihn die Frau Vorsitzende vorgestellt hat, ist völlig vernünftig. Es ist auch vernünftig, dass man das - Bernhard Tenhumberg hat es gesagt - thematisch strukturieren sollte. Das sollten wir machen und heute die Entscheidung treffen.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Danke schön, Herr Jörg. - Herr Kern, bitte!

**Walter Kern (CDU):** Zunächst einmal zum Letztgenannten, Wolfgang Jörg: Eine Anhörung ist ja eine Beratung des Parlaments.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ja!)

Man kann eine Anhörung nicht nach dem Motto fahren: Es mag zwar alles stimmen, was die Experten gesagt haben, aber wir sehen das anders! - Und dann winkt man das Gesetz durch. Das kann es nicht sein. Ich glaube, dass wir alle das parlamentarisch so nie wollen würden.

Als wir damals das KiBiz auf den Weg gebracht haben, habe ich selber in einer Regierungsfraktion gesessen. Natürlich hat man als Abgeordneter eine privilegierte Position, weil man mit dem Ministerium viel enger zusammenarbeiten kann als die Opposition. Bei aller Berücksichtigung: Was ihr vielleicht fest seht, wohin es geht, muss bei uns immer noch erarbeitet werden. Ich will darauf hinweisen, dass die Opposition in unserer Demokratie durchaus in einem Nachteil steht. Ich habe immer den Ehrgeiz, durchaus alle Vorlagen wirklich vom ersten bis zum letzten Wort zu lesen. Deswegen, denke ich, wird uns kurzfristig ein ganzes Buch erreichen, das durchzuarbeiten ist. Ich will darauf nur hinweisen, damit dort kein falscher Zungenschlag hineinkommt. Es ist das Recht der Opposition, eine angemessene Frist für die Bearbeitung zu bekommen.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann möchte ich den Verfahrensablauf und den Beratungsplan der Anhörung zur Abstimmung stellen.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

- Moment!

**Bernhard Tenhumberg (CDU):** Frau Vorsitzende, ich möchte jetzt nicht mehr zum Inhalt reden. Wie soll die Abhörung ablaufen?

(Zurufe von der SPD: Wir sind in der Abstimmung!)

Wir haben festgestellt, dass die Anhörung umfangreich wird. Bis 20:00 Uhr, Frau Vorsitzende, halte ich für angebracht, wenn wir morgens um 10:00 Uhr anfangen. Das ist okay. Das ist ein ausreichender Zeitraum. Das will ich auch gar nicht kritisieren.

Wir sind noch in der Frage auseinander, bis wann die Sachverständigen benannt werden müssen. Wir haben im Vorfeld bereits mitgeteilt, dass wir das erst am 3. April können. Am 3. April haben wir eine Klausurtagung. Das ist - wir haben es vorgezogen - der erste Tagesordnungspunkt. Dann werden wir unsere Sachverständigen benennen können. Das möge der Ausschuss bitte zur Kenntnis nehmen und akzeptieren, weil wir auch vorbereiten müssen. Wir können unsere Sachverständigen nicht ad hoc benennen, wenn uns zeitgleich der Terminablauf mitgeteilt wird.

Zweitens! Den Ablauf der Anhörung stellen wir uns so vor, dass wir in fünf separaten Fragerunden - so etwas hat die SPD ja auch teilweise vorgeschlagen - vorgehen, bei der wir die Überschriften allerdings klar definieren müssen, um nicht immer vom Höcksken aufs Stöcksken hin- und her zu diskutieren. Unser Vorschlag war, sich in etwa an der Gliederung des Kinderbildungsgesetzes zu orientieren. Das ist fast identisch. Nur finde ich unsere Struktur etwas klarer. Lasst uns darüber reden! Liegt unser Vorschlag den Fraktionen vor?

Ich hatte vorgeschlagen, das erste Kapitel „Allgemeine Bestimmungen“ und die „Rahmenbedingungen“ des Ersten Abschnitts im Zweiten Kapitel als einen Frageblock nehmen.

Als Zweites: „Förderung in Kindertageseinrichtungen“! Das ist der Zweite Abschnitt im Gesetzestext.

Als Drittes käme - weil das auch ein wesentliches Merkmal des Kinderbildungsgesetzes ist - der Punkt „Familienzentren“, wobei ich glaube, dass wir dort nicht so viele Fragen werden stellen müssen, weil es nicht so viele Veränderungen gibt.

Als nächsten Block hätten wir den Sprachförderbereich, der doch eine erhebliche Rolle spielt. Dort müssen wir nachfragen und das ausdiskutieren.

Dann käme die „Förderung in Kindertagespflege“ im Dritten Abschnitt im Gesetzestext.

Zum Schluss der Vierte Abschnitt „Finanzierung“.

Wir sollten uns streng daran orientieren, dass wir unsere Fragen zu diesen einzelnen Themenbereichen stellen. Allerdings sollte es so sein, Frau Vorsitzende, dass nicht nur von jeder Fraktion einer eine Frage stellen kann, sondern das durchaus ein, zwei, drei noch mehr Rundläufe zu jedem Block vorgenommen werden können. Nicht dass es falsch verstanden wird, dass jeweils nur einer von einer Fraktion fragen kann. Jeder Block muss abgearbeitet werden.

Das, Wolfgang Jörg, war mein Vorschlag. Anhand der Gliederung des Gesetzes ist das eine klare Struktur, die eindeutig ist. Wenn wir uns alle daran halten, brauchen vielleicht auch nicht bis 20:00 Uhr zu tagen. Dann können wir vielleicht auch noch etwas anderes machen. Das könnte ja sein.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Herr Jörg!

**Wolfgang Jörg (SPD):** Ich glaube, es ist völlig okay, inhaltlich so vorzugehen und abzufragen. Damit hätte ich überhaupt keine Schwierigkeiten. Ich finde, das ist ein guter Vorschlag.

Wir hatten uns darauf verständigt, dass wir heute die Sachverständigen melden. Wir haben das getan. Deine liebe Mitarbeiterin könnte die Sachverständigen auch aus dem Stegreif benennen. Von daher sehe ich nicht ein, warum wir das verzögern sollten. Wir hatten uns darauf verständigt. Vielleicht kann die Vorsitzende das noch einmal klären.

(Allgemeine große Unruhe und Zwischenrufe aus mehreren Fraktionen)

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Herr Tenhumberg, ich bin mir sicher. Deshalb haben wir diese Sitzung heute vorgezogen, damit wir die Sachverständigen früher benennen können.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das war ja auch Ihr Anliegen, das Anliegen der CDU-Fraktion, dass man die früher benennen kann!)

**Bernhard Tenhumberg (CDU):** Frau Vorsitzende, ich muss hier auch Widerspruch einlegen. Nach unserer Erinnerung - ich bitte das zu prüfen - haben wir keinen Beschluss über den Zeitpunkt der Benennung der Sachverständigen gefasst. Im Gegenteil: Wir haben in der Besprechung und der Sitzungsunterbrechung, über die es leider kein Protokoll gibt, darauf hingewiesen, dass wir am 3. April benennen können. Wir können darüber sprechen, ob man das zwei Tage vorziehen kann. Aber dann muss es eine einvernehmliche Regelung geben. Den Beschluss zum Zeitpunkt der Benennung der Sachverständigen gibt es nicht.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sagen Sie uns noch einmal, was Sie jetzt wollen!)

- Nicht „was wir wollen“, sondern was wir können, Frau Kollegin.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Herr Jörg hatte sich noch gemeldet. Wir haben noch vier Minuten!

**Wolfgang Jörg (SPD):** Wir werden heute sozusagen das, was wir uns vorgenommen haben und was wir vereinbart haben, beschließen. Ich weiß nicht, ob es relevant ist, wenn die CDU ihre Sachverständigen später nachmeldet. Das kann ich nicht einschätzen. Ich glaube aber, das wäre kein Drama. Das hätte ja keine verzögernde Wirkung. Von daher: Melden Sie nach! Wir können unsere heute schon melden. Dann kann Herr Symalla schon einmal beginnen, und alles ist gut.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Frau Asch, bitte. - Ich glaube aber, das war einvernehmlich, dass an die, die benannt sind, heute verschickt wird, die Gesetzten so wieso, und die CDU benennt nach. Ja? - Okay!

(Andrea Asch [GRÜNE] meldet sich zu Wort.)

- Frau Asch noch kurz! Wir haben noch vier Minuten. Wir müssen um 10:00 Uhr abrechen und nach der Sitzung fortfahren.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Ich habe das eben ja schon über den Tisch gesagt: Ich würde das unterstützen. Auf die zwei Tage kommt es nun wirklich nicht an. Obwohl es - auch das muss gesagt werden - in einem gewissen Widerspruch zu dem steht, dass Sie gesagt haben, Sie brauchten mehr Zeit.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Darüber wollen wir nicht mehr diskutieren.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Darüber wollen wir nicht diskutieren.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Um 10:00 Uhr ist Schluss!

**Andrea Asch (GRÜNE):** Ich war noch nicht durch. Wir sollten heute die Anzahl der Sachverständigen pro Fraktion und die Gesetzten natürlich noch kurz besprechen. Das müssen wir tun. Sie sollten kurz sagen, wie das vorgesehen ist bei der großen Anhörung.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Herr Symalla hat einen Vorschlag gemacht und an Sie verschickt.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Dann kann man das noch einmal eben beschließen!)

Die gesetzten Sachverständigen sind - nach grundsätzlicher Vereinbarung - die kommunalen Spitzenverbände, die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, die Landschaftsverbände. Zusätzlich gesetzte Sachverständige in diesem Fall: Evangelisches Büro, Katholisches Büro, Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen, Landesverband Kindertagespflege NRW, Landesintegrationsrat, Vereinigung der Waldorfkindergärten, Berufsverbände. Daneben stehen dann die von Ihnen zusätzlich benannten Sachverständigen, wobei mindestens Wissenschaftler, Praktiker, Finanzwissenschaftler und Jugendämter berücksichtigt werden sollten. Eine Kontingentierung sollten wir nicht vorsehen.

**Marcel Hafke (FDP):** Zu den „Gesetzten“ würde ich gerne eine Anmerkung machen wollen: Wir hatten im Kreis der Obleute besprochen und ich fände es gut, das bei diesem Punkt auszuprobieren: den Kinder- und Jugendrat als gesetzt hineinnehmen. Das ist ein Thema, das sie wirklich betreffen kann. Die Benennung durch die Fraktionen würde ich nicht komplett öffnen, sonst haben wir dort 300 Leute sitzen. Ich würde zwei oder drei vorschlagen, nicht mehr. Ich persönlich finde, dass das ausreichend ist.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Frau Asch!

**Andrea Asch (GRÜNE):** Das genau war der Punkt. Ich würde sagen, dass wir das begrenzen. Wir machen immer ein Kontingent.

**Vorsitzende Margret Voßeler:** Der Vorschlag wäre drei oder vier?

(Zurufe: Vier! - Bernhard Tenhumberg [CDU]: Nach der Größe der Fraktionen würde ich das machen! - Oh-Rufe von SPD und Grünen)

- Das haben wir noch nie gemacht. Das müssen wir jetzt auch nicht. Also vier!

(Allgemeine Zustimmung)

- Ich sehe Einvernehmen. Warum drücke ich so aufs Tempo? - Sie wissen: Um 10:00 Uhr müssen wir abrechnen. Wir können aber gerne nach der Plenarsitzung weitermachen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung: Wer kann sich diesem Verfahren anschließen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Piraten und der FDP. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Stimmen der Fraktion der CDU. - Danke schön und einen guten Tag!

gez. Margret Voßeler  
Vorsitzende

02.04.2014/07.04.2014

160

